

Hybride Kriegsführung

Zur Einordnung einer aktuellen Erscheinungsform des Krieges

Oliver Tamminga

Seit Beginn des Ukraine-Konfliktes und erst recht seit die Krim mit Hilfe »grüner Männchen« annektiert wurde, spricht man in Medien und Politik von hybrider Kriegsführung. Mitunter wird der Eindruck erweckt, es handele sich um eine neue und höchst effektive Form der Kriegsführung, die unterhalb des »Radars« bleibt und damit die europäischen Staaten sowie EU und Nato vor komplexe Herausforderungen stellt. Die Frage ist, worin das »Neue« und qualitativ Andere an dieser Art Kriegsführung besteht und was demgegenüber die Konstanten des Krieges sind.

Wegen der Annexion der Krim durch Russland und dessen Vorgehen in der Ostukraine richtet sich die mediale und politische Aufmerksamkeit in den vergangenen Monaten verstärkt auf die hybride Kriegsführung. Auf der diesjährigen 51. Münchner Sicherheitskonferenz wurden unter der Überschrift »Hybrid Warfare: Who Is Ready?« die Herausforderungen hybrider Kriege diskutiert. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen sprach anlässlich der Auftaktveranstaltung zur Erstellung des neuen Weißbuchs am 17. Februar 2015 davon, dass die orchestrierte Anwendung von Elementen hybrider Kriegsführung die Sicherheitsarchitektur Europas grundlegend verändern wird. Dabei handelt es sich jedoch nicht um eine neue Erscheinung. Die Kriegsgeschichte ist voller Beispiele für den erfolgreichen Einsatz von Bestandteilen hybrider Kriegsführung.

Verstehen, nicht definieren

Verschiedene Vorstufen des Konzepts wurden bereits seit den frühen 2000er Jahren unter Stichworten wie »4th Generation Warfare« und »Compound Warfare« diskutiert. Der Begriff hybride Kriegsführung wurde erstmals 2005 vom amerikanischen Militärautor und Politikwissenschaftler Frank G. Hoffman verwendet. Im Nachgang zum Libanonkrieg 2006 fand der Terminus weitere Verbreitung. Hoffman bewertete diesen Krieg als eine Art Prototyp. Er definierte hybride Kriegsführung als zumeist gleichzeitige und synergetische Kombination konventioneller und irregulärer Kampfweise in Verbindung mit terroristischen Aktionen und kriminellen Verhalten in einem Kampfgebiet, all dies, um politische Ziele zu erreichen.

Warum also ist das Konzept der hybriden Kriegsführung ausgerechnet jetzt in aller Munde? Mit dem Begriff soll eine angeblich

neue Qualität komplexer Kriegsführung und multidimensionaler Bedrohungen dargestellt werden, auf die militärisch nicht angemessen reagiert werden könne. Ferner ist in der öffentlichen Diskussion der Wunsch nach mehr Orientierungswissen zu spüren, um Russlands Vorgehen besser einschätzen zu können.

Allerdings wird »hybride Kriegsführung« oft unbedacht verwendet und mit einer Vielzahl an Attributen versehen. Auf diese Weise wird der Begriff beliebig, zumal es alternative Konzepte wie »Political Warfare« oder »Counter-Unconventional Warfare« gibt. Außerdem ist das Kriegsgeschehen seit jeher von Komplexität, Intransparenz, Dynamik sowie Risiko geprägt und entwickelt sich in einem Spannungsfeld aus rationalen, emotionalen und zufälligen Gegebenheiten. Ohne Einordnung in den jeweiligen Zusammenhang taugt die Bezeichnung hybride Kriegsführung daher nicht als Analyseinstrument. Für ein besseres Verständnis scheint es sinnvoller, diese Art Kriegsführung an Einzelfällen zu beschreiben, statt sie abschließend definieren zu wollen.

Die aktuelle Debatte

Das russische Vorgehen im Ukraine-Konflikt soll in engem Zusammenhang mit einer Rede des russischen Generalstabschefs Walerij Gerassimow stehen, die er im Januar 2013 zum Thema »Nichtlineare Kriegsführung« hielt. Demnach verwischten im 21. Jahrhundert die Grenzen zwischen Krieg und Frieden. Kriege würden nicht mehr erklärt und folgten keinem vertrauten Muster mehr. Die Grundregeln des Krieges hätten sich gewandelt. Politische und strategische Ziele seien nicht mehr allein mit Hilfe militärischer Gewalt zu erreichen; die Bedeutung nichtmilitärischer Mittel sei gestiegen. Nur durch den breiten Einsatz politischer, ökonomischer, informationeller, humanitärer und anderer nichtmilitärischer Maßnahmen in Verbindung mit dem Protestpotential in der Bevölkerung könne den aktuellen Herausforderungen begegnet werden. Ergänzt

werde diese Handlungsweise durch verdeckte militärische Maßnahmen, etwa die Verwendung von Spezialkräften oder Operationen im Informationsraum. Der Einsatz regulärer Truppen komme vor allem dann in Betracht, wenn es gelte, einen Konflikt endgültig zu entscheiden.

Gerassimows Ausführungen waren allgemein gehalten, die Ukraine kam darin nicht vor. Viele Beobachter stellen indes nachträglich einen Begründungszusammenhang zwischen der Rede und der Krim-Annexion her. Es wird behauptet, diese Rede sei eine Art Masterplan gewesen. Ob dies zutrifft, ist schwer zu sagen. Klar ist jedoch, dass Russland in der Ukraine das Konzept der nichtlinearen Kriegsführung anwendet.

Russlands Kriegsführung

Die russische Operationsführung in der Ukraine ist in der Tat durch Hybridität geprägt. Sie bedient sich des irregulären Kampfes sowie der indirekten Unterstützung und verbindet beides mit Elementen konventioneller Kriegsführung. Sowohl auf der Krim als auch in der Ostukraine wurden bzw. werden Uniformierte ohne Hoheitsabzeichen eingesetzt, um unerkannt das Kampfgebiet zu infiltrieren, das Umfeld zu destabilisieren sowie den Separatisten dabei zu helfen, den Gegner unter Druck zu setzen und die Kontrolle über das Gebiet zu erlangen. Unter anderem mit diesen Mitteln gelang es, die Krim in einer Art verdecktem Handstreich zu nehmen sowie den prorussischen Kräften in der Ostukraine Vorteile zu verschaffen. Gleichzeitig demonstriert Russland entlang seiner Westgrenze militärische Stärke, indem es Truppenmanöver abhält, vermehrt Übungsflüge im russischen und internationalen Luftraum durchführt sowie Kräfte vorstationiert. Zum einen werden so die Voraussetzungen für ein potientes Eingreifen mit regulären Truppen geschaffen. Zum anderen ist es nun möglich, Feuerunterstützung mit Artillerie zu leisten und den Separatisten mit Aufklärungsergebnissen, Material und Personal

unter die Arme zu greifen. Beispielsweise wurde berichtet, die ukrainischen Streitkräfte seien mit Artillerie von russischem Staatsgebiet aus beschossen worden. Zudem sollen immer wieder reguläre russische Einheiten die Grenze zur Ostukraine überschritten haben. Diese Offensiven sollen dazu beigetragen haben, Teile der Regionen Donezk und Luhansk zu erobern, womit das Ziel verfolgt wurde, die Regierung in Kiew zu Verhandlungen mit den Separatisten zu zwingen. Mittlerweile ist klar, dass die Separatisten mit russischer Unterstützung den ukrainischen Streitkräften gegenüber im Vorteil sind, und zwar in den Bereichen Luftüberlegenheit, Nachrichtengewinnung und Aufklärung, elektronischer Kampf, Führungs- und Feuerunterstützung sowie logistische Versorgung.

Über das tatsächliche Ausmaß der Unterstützung durch Russland gibt es jedoch wenig verlässliche Erkenntnisse und die Zahlen variieren stark. Zwar wurde Russland immer wieder vorgeworfen, die Grenze mit militärischen Kräften zu übertreten. Doch öffentlich zugängliche und unabhängige Beweise zum Beispiel durch die OSZE wurden bisher nicht vorgelegt.

Russland stellt sich selbst als Akteur dar, der völkerrechtskonform handelt und humanitäre Absichten verfolgt. Moskau bestreitet, aktiv in den Konflikt einzugreifen oder Konfliktpartei zu sein. Das Referendum auf der Krim wurde zum legitimen Recht der dortigen Bevölkerung erklärt. Es lieferte Russland die Rechtfertigung zum Handeln, das heißt seine vorgebliche Schutzverantwortung gegenüber russischen Minderheiten wahrzunehmen. Ähnliches gilt auch für die Ostukraine. Nach wie vor wird die ukrainische Regierung als Bedrohung und Aggressor abgestempelt, während Moskaus Vorgehen als Kampf gegen die Faschisten in Kiew und für Neurussland deklariert wird.

Von Beginn an begleitete eine Propagandaschlacht den Ukraine-Konflikt. Im Kampf um die Deutungshoheit setzt die russische Regierung gezielt eine breite Palette von Instrumenten ein. Dazu gehören Massen-

medien wie RT (ehemals Russia Today), soziale Medien und Blogs ebenso wie Informationskampagnen und Desinformation. Die russischen Hilfskonvois etwa konnte man als Zeichen verstärkten Engagements, aber auch als Propagandamittel deuten.

Ergänzt wird all dies durch Aktionen im Cyberraum, beispielsweise Angriffe auf ukrainische Telefon- und Internetdienste, sowie energiepolitische und wirtschaftliche Maßnahmen. Ziel dieser hybriden Kriegsführung ist es, Einfluss und Kontrolle in der Ukraine zu wahren, die ukrainische Regierung zu destabilisieren und den Zusammenhalt des Westens zu schwächen.

Kehrseite des vernetzten Ansatzes

Was ist nun das Neue dieser Form des Krieges und worin bestehen seine Konstanten? Im Ukraine-Konflikt betreibt Russland eine schwer zu fassende Art der Kriegsführung. Im Grunde handelt es sich um eine Ausweitung militärischen Handelns in zivile Bereiche. Überspitzt formuliert ist es die Kehrseite des vernetzten Ansatzes, also die abgestimmte Anwendung diplomatischer, militärischer, humanitärer, ökonomischer, technologischer und informationeller Mittel zum Zwecke des Krieges und nicht des Friedens. Dieses Vorgehen kann nur funktionieren, da die Ukraine aufgrund schwacher staatlicher Ordnung instabil ist; Russland dagegen ist zentral gelenkt und autoritär, unterliegt wenigen Selbstbeschränkungen und hat nahezu die alleinige Kontrolle über die gesamte Bandbreite der einzusetzenden Mittel.

Jedoch ist keines der angewandten Instrumente neu. Die veränderte Qualität liegt vielmehr in ihrer Kombination und der Orchestrierung im Einsatz der Mittel. Neu ist die Konstellation, nämlich dass sich Russland und die Nato in diesem Konflikt wieder eher als Gegner wahrnehmen und konfrontativ agieren. Ungewohnt sind auch die Professionalisierung in der Anwendung von Informationsoperationen sowie die wachsende Bedeutung ziviler Maßnahmen

als »Waffe«, etwa Cyberattacken und energiepolitische Maßnahmen.

Aber trotz allen Wandels der Erscheinungsform bleibt die fundamentale Natur des Krieges gleich. Krieg ist politisch motiviert und folgt keiner unabhängigen Logik. Der übergeordnete Zweck eines Krieges ist ein Zustand, in dem die eigenen Interessen dauerhaft gesichert sind. Ziel des Krieges ist es, den Gegner durch organisierte Gewalt zur Erfüllung des eigenen Willens zu zwingen. Kriegsführung ist die Anordnung und Führung des Kampfes, so unterschiedlich er im Einzelnen aussehen mag. Innerhalb eines bewaffneten Konfliktes können die Akteure im Kampf das gesamte Spektrum konventioneller, irregulärer, terroristischer, krimineller sowie politischer, ökonomischer, technologischer und informationeller Mittel einsetzen. Die Gewaltanwendung kann von Terroranschlägen über Guerillataktik bis hin zum Einsatz regulärer Streitkräfte reichen.

Der Kampf folgt dabei der Dialektik von Angriff und Verteidigung, gleichgültig wie das verwendete Mittel aussieht. Auch die Attacke auf ein Computernetz zum Beispiel ist nur ein Angriff, gegen den man sich verteidigen muss. Dabei handelt es sich um eine Erweiterung des Gefechtsfeldes. Zwar werden hier die klassischen Gefechts-handlungen durch Methoden wie »Sniffing« und »Phishing« abgelöst. Doch um einen feindlichen Zugriff auf kritische Daten und Infrastruktur abzuwehren, kann das Prinzip der tief gestaffelten Verteidigung angewendet werden, technisch umgesetzt durch mehrere Ebenen von Firewalls und physische Schutzmaßnahmen. Ebenso können offensive Computernetzwerkoperationen, beispielsweise mit Schadsoftware, ausgeführt werden, um den Angreifer zu stoppen. Die Dialektik der konventionellen Kriegsführung bleibt unverändert.

Um einem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen, muss man ihn in eine Lage versetzen, die nachteiliger ist als das Opfer, welches von ihm gefordert wird. Dabei geht es immer um die Verteilung von Macht: Wer hat wie viel davon, wie übt er sie aus

und welche Konsequenzen folgen daraus? So erklärt sich auch, warum es Kriege unterschiedlichster Intensität geben kann. Die erforderlichen Anstrengungen, das heißt der Verbund der einzusetzenden Mittel und Instrumente, richtet sich nach der zu erwartenden Widerstandskraft des Gegners und dem zu erreichenden politischen Zweck. Es ist wichtig, den Schwerpunkt des Gegners zu erkennen, in dem er getroffen werden muss, um seinen Willen zur Kriegsführung zu brechen. Der Gegner hat immer Schwachstellen. Gegenhandeln ist möglich. Die Frage ist, ob hierzu der politische Wille besteht.

Fazit

Hybride Kriegsführung ist weder ein neues oder rein russisches Phänomen, noch haben sich die fundamentalen Regeln des Krieges verändert. Dennoch hat »der Westen« dieser Form der Kriegsführung bisher wenig entgegenzusetzen. Da es derzeit keinen erkennbaren politischen Willen gibt, Russland »in die Knie zu zwingen«, sollte es erklärtes Ziel bleiben, zu einer stabilen und kooperativen Sicherheitsordnung in Europa zurückzukehren. Dies kann am ehesten aus einer Position der relativen Stärke gelingen. Dazu sollte die Bundesregierung ihre politischen Anstrengungen bündeln: Es geht darum, die politische Geschlossenheit der EU zu erhalten, die militärische Verlässlichkeit und Stärke der Nato zu demonstrieren, Dialogbereitschaft gegenüber Russland zu signalisieren, den Austausch mit der russischen Zivilgesellschaft zu fördern, die vermittelnde und vertrauensbildende Rolle der OSZE zu stärken sowie die Ukraine politisch und finanziell zu unterstützen.

Gleichzeitig sollte die Bundesregierung Maßnahmen zum Schutz vor Auswirkung hybrider Kriegsführung ergreifen. Dazu sollten die nationalen und internationalen Fähigkeiten der vernetzten Risikoanalyse, der Gefahrenabwehr und des aktiven Gegenhandelns ausgebaut werden, um künftig die Widerstandsfähigkeit Deutschlands zu erhöhen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364